

Erfolgreiche Arbeitslosenarbeit durch geplante Kürzungen deutschlandweit vor dem Aus

Keine Kürzungen des Eingliederungstitels

Im Eingliederungstitel bündeln sich alle Gelder der aktiven Arbeitsmarktpolitik, also beispielsweise Gelder der Jobcenter für Maßnahmen um Menschen (wieder) in Arbeit zu bringen. Daher fordert die Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeitslosenpastoral (BAG Alopa) von der neuen Bundesregierung: Keine Einsparungen im Eingliederungstitel für das Jahr 2025! Diese Kürzungen gefährden den sozialen Frieden, insbesondere wertvolle Arbeits- und Integrationsprojekte.

Auswirkungen auf Erwerbslosenprojekte

Jobcenter können ihre gesetzlichen Aufgaben und Ziele nur noch eingeschränkt erfüllen. Von den Kürzungen besonders betroffen sind Maßnahmen der Erwerbsloseninitiativen, die über Mittel vom Jobcenter finanziert werden. Sie müssen Personal abbauen und ihre Arbeit erheblich einschränken. Ein konkretes Beispiel findet sich im Bistum Mainz, wo das Jobcenter Offenbach fast alle Projekte zum Jahresende 2024 einstellen musste. Diese Maßnahmen sind jedoch wichtig, da sie langjährig bestehende Unterstützungssysteme stabilisieren. Dazu zählen etwa die Projekte der "Initiative Arbeit im Bistum Mainz e.V." (INA), von denen viele ihre Förderung verlieren würden.

Wirtschaftliche und soziale Folgen

Der volkswirtschaftliche Nutzen dieser Programme ist erheblich, da sie sowohl die Belastung des Sozialsystems als auch die gesundheitlichen Kosten reduzieren. Etwaige Kürzungen stellen daher nicht nur eine ethische, sondern mittelfristig auch eine wirtschaftliche Fehlkalkulation dar. Solche Maßnahmen zeigen deutliche Erfolge. Eine große Anzahl von Teilnehmenden findet den Weg in den ersten Arbeitsmarkt und viele kehren psychisch stabilisiert ins Leben zurück.

Forderungen der bundesweit aktiven katholischen Betriebsseelsorge:

Der angekündigte Kahlschlag gefährdet die erfolgreiche Wiedereingliederung von Erwerbslosen in den Arbeitsmarkt und insgesamt den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Kürzungen werden einmal mehr auf dem Rücken der sozial Schwächsten ausgetragen. Dadurch wird die Armut und die Abhängigkeit von sozialen Unterstützungsleistungen dieser Betroffenen dauerhaft verfestigt.

Angesichts dieser weitreichenden Konsequenzen fordert die Betriebsseelsorge bundesweit, auf jede Art von Reduzierung im Eingliederungstitel zu verzichten.

Die Bundeskommission der Betriebsseelsorge, 13.02.2025

Ansprechpartner der Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeitslosenpastoral:
Michael Ohlemüller, Betriebs- und Arbeitslosenseelsorger, Bistum Mainz
Michael.ohlemueller@bistum-mainz.de Telefon: 0176/12539076